

29. MAI



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 31891 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIV/117 - 29. Mai 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Über Deutschland, ohne Deutsche Nun Geheimverhandlungen - Die dritte Woche der Genfer Konferenz	100
3	Tirana wird politisch aufgewertet Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	44
4 - 5	Ein erfülltes Leben Hermann Lüdemann - ein Kämpfer für die Demokratie	78
6 - 7	Stumpfblüten Wozu dient der Geheimfond? - Ein Dementi, das keins ist	80

* * *
* * *

Über Deutschland, ohne Deutsche

G.M., Genf

Natürlich wartet hier jetzt alles auf die konkreten Ergebnisse der "höchsten" Gipfelkonferenz der vier Außenminister, die jemals stattgefunden hat. Das Flugzeug, das Herter, Selwyn Lloyd, Gromyko und Couve de Murville aus den Vereinigten Staaten nach Europa zurückbrachte, flog in einer Durchschnittshöhe von 5 - 6.000 m ...

Inzwischen haben in Genf selbst die Beraterstäbe durchaus nicht etwa Ferien gemacht. Aus ihren Arbeitsthemen kann man schließen, welche Aufgaben sie von ihren Chefs vor dem Abflug nach den USA zugeteilt bekommen haben, und welches die Themen sein dürften, die man bei den Geheimverhandlungen - ohne die beiden deutschen Delegationen (!) - zu besprechen gedenke.

Hierbei ist interessant zu wissen, daß sowohl die Amerikaner wie auch die Russen den Gaitskell-Plan, die Vorschläge des früheren französischen Ministerpräsidenten Mendès-France und den Deutschlandplan der SPD einer gründlichen Analyse unterzogen haben, um festzustellen, ob die in diesen Plänen enthaltenen Entspannungsvorschläge in der Sache oder in der Methode dazu geeignet sein könnten, über die bisher erfolgten Prinzipien-Erklärungen von beiden Seiten hinauszukommen. Mit einem symbolischen Augenzwinkern wird nämlich bei allen Delegationen angedeutet, daß zwar niemand von seinen "Paketen" etwas preiszugeben gedenkt, daß jedoch die "Paket"-Inhalte gewisse Gemeinsamkeiten enthalten, deren Besprechung - ohne die Deutschen - sich lohnt.

Ministerpräsident Chruschtschow hat den Westen davor gewarnt, nicht allzu sehr auf das russische Verlangen zu spekulieren, doch noch in diesem Sommer eine Gipfelkonferenz zustandezubringen. Er meinte in Albanien, die Sowjetunion habe Zeit, und wenn der Westen auf seinen Positionen beharre, dann könnte Moskau auch noch mit dem Gipfeltreffen warten. Einmal werde es schon kommen. Diese Anspielung Chruschtschows auf die angebliche Taktik der Westmächte, durch hartnäckiges Beharren auf den ursprünglichen westlichen Vorschlägen die Russen "weich" zu machen, wird hier in Genf von sowjetischen Journalisten und Delegationsmitgliedern mit Nachdruck kolportiert; offenbar in der Absicht, dem Westen zu sagen, daß die Sowjetunion viel Zeit und die westliche Taktik längst durchschaut habe.

Die Arbeitsthemen der Beraterstäbe

Bei Aufnahme der Arbeit in Genf werden die Außenminister von ihren Beraterstäben umfangreiche Analysen für folgende Themen zur Verfügung haben:

1. Vorbereitung einer Verzichtserklärung auf Anwendung von Gewalt.

Hierbei ist von englischer Seite besonders auf die Untersuchung der Möglichkeiten Wert gelegt worden, in welcher Form und wann die Abrüstungsverhandlungen des zuständigen Unterausschusses der UNO wieder in Gang gebracht werden können. Wie es heißt, soll in dieser Frage versucht werden, eine Synchronisierung der bisherigen Ergebnisse der Abrüstungsverhandlungen in London mit den Ergebnissen der Beratungen über den Stop und die Kontrolle vom Atomwaffenversuchen zu erreichen.

2. Analyse der Pläne zur Herbeiführung einer militärischen Entspannung in Mitteleuropa.

Hier werden in Wiederaufnahme einzelner Ideen des zweiten Eden-Planes vom Spätsommer 1955 der Gaitskell-Plan, der Deutschlandplan der SPD und die Vorschläge des früheren französischen Ministerpräsidenten Mendès-France analysiert. Die Vorstellungen von Mendès-France haben deshalb Interesse gefunden, weil sie von der Überlegung ausgehen, daß Ost und West eine Entspannungszone zunächst in einem begrenzten Raum von etwa 50 km diesseits und jenseits der Zonengrenze "ausprobieren" sollen, um später, je nach den gemachten Erfahrungen, eine solche Entspannungs- oder Inspektionszone auf einen größeren Raum auszudehnen. Obwohl man weiß, daß weder der Plan von Mendès-France noch die anderen genannten Vorschläge alle Seiten gleichermaßen befriedigen können, scheint man sie doch zur Debatte gestellt zu haben, um wenigstens das "Rad im Rollen" zu halten.

3. Bildung gesamtdeutscher Kommissionen

Die "Großen" und ihre Mitarbeiter lassen ziemlich offen erkennen, daß man bei dem Versuch, diese gesamtdeutschen Kommissionen auf die Beine zu stellen, mit Schwierigkeiten in Pankow und Bonn rechnen muß. Vielleicht ist das der entscheidende Grund für den Entschluß der vier Außenminister, jetzt mit den Geheimverhandlungen zu beginnen. Niemand will es zwar offen zugeben, aber doch scheint es so zu sein.

Über die Frage, was die gesamtdeutschen Kommissionen tun sollen, besteht noch völlige Unklarheit. Von englischer Seite wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß derartige Kommissionen nur technische Fragen beraten und zu Vorschlägen an die "großen Vier" verdichten sollen. In der sowjetischen Delegation denkt man bei Erwähnung der gesamtdeutschen Kommissionen offenbar mehr an politische Probleme, wie etwa die Vorbereitung eines Friedensvertrags-Entwurfs, die Ausarbeitung einer gesamtdeutschen Verfassung oder die Vorlage eines gesamtdeutschen Wahlgesetzes. Die DDR-Delegation hat in diesen Katalog als Aufgaben für eine gesamtdeutsche Kommission auch das Verlangen nach einer Untersuchung über "militaristische und revanchistische Umtriebe" in Westdeutschland eingebaut.

Berlin immer noch das große Fragezeichen

Nachdem die Russen von sich aus keinen Versuch mehr gemacht haben, den Berliner "Stichtag" des 27. Mai in Erinnerung zu bringen, dürfte feststehen, daß sie selbst in der Berlin-Frage einen Kompromiß suchen. Hierbei muß aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß man in der sowjetischen Delegation von einem "provisorischen Kompromiß" spricht, womit wohl angedeutet werden soll, daß jede im Augenblick getroffene Vereinbarung nur solange gelten soll, bis feststeht, ob die anderen Fragen (Abrüstungsverhandlung, militärische Entspannungszone in Mitteleuropa und gesamtdeutsche Kommissionen) Gestalt annehmen.

Der Berliner Senat hat seinen ständigen Vertreter in Bonn, Senator Günter Klein, nach Genf entsandt. Senator Klein ist seit Jahren mit allen Berliner Fragen bestens vertraut und hat auch den Berliner Bürgermeister Willy Brandt auf dessen Weltreise begleitet.

Es ist zu hoffen, daß Senator Klein mit Umsicht und Takt das Anliegen Berlins hier in Genf zur Sprache bringt und aus seinem reichen Erfahrungsschatz in bestimmten Situationen Anregungen geben kann, die dazu geeignet sind, eine isolierte Lösung des Berlin-Problems zu vermeiden.

Tirana wird politisch aufgewertet

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Seine bisher größte politische Aufwertung erfährt gegenwärtig der kleinste Balkanstaat Albanien. Niemals zuvor wurde der Hauptstadt des 1,5 Millionenvolkes Tirana ein so hoher politischer Besuch zuteil, wie es der Aufenthalt des sowjetischen Parteichefs und Ministerpräsidenten Chruschtschow darstellt.

Dreizehn Tage Aufenthalt in einem Lande, das in seiner Länge gerade 400 und in seiner durchschnittlichen Breite 100 Kilometer mißt, sind eine lange Zeit. Sie geben Anlaß zum Rätseiraten, was außer den üblichen Freundschafts- und Einheitsdemonstrationen sich während dieser dreizehn Tage in Albanien ereignen werde. Bisher wurde ein Programm nicht veröffentlicht.

Der wahrscheinlich interessanteste Zufall dürfte die Anwesenheit des "Urlaubsgastes" Grotewohl sein, der sich in Tirana gleichfalls zum offiziellen Empfang Chruschtschows auf dem Flugplatz eingefunden hat. Es brauchte nicht zu überraschen, wenn in den albanischen Gesprächen auch das Deutschlandproblem eine gewichtige Rolle spielen wird.

Als ein weiterer vermutlicher Themenkreis, gestützt durch die Anwesenheit des sowjetischen Verteidigungsministers Malinowski, bieten sich Verteidigungsfragen geradezu an. Mit dem Namen Albanien sind ja ohnehin mysteriöse Vorstellungen über sowjetische U-Bootstützpunkte verbunden, die eine Erweiterung erfahren könnten. Jetzt, da in Griechenland die ersten Kurzstreckenraketen eingetroffen sind, deren Reichweite über Albanien und Bulgarien nicht hinausgeht, dürfte es nicht verwunderlich sein, wenn Tirana, bei jeder direkten Landverbindung mit den Staaten des Warschauer Paktes und theoretisch mit Griechenland noch immer im Kriegszustand, die Frage seiner Sicherheit ansprechen wird. Daraus für Athen die Berechtigung von Abschusstrampen für Langstreckenraketen ableiten zu wollen, wie es sich teilweise schon andeutet, heißt jedoch, das Pferd von hinten aufzäumen.

Und dann gibt es noch einen dritten möglichen Fragenkomplex. Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, daß Chruschtschow gerade an Titos 67. Geburtstag Jugoslawien in Richtung Tirana überflog. Beim Überfliegen des jugoslawischen Territoriums tauschten Chruschtschow und Tito wieder einmal Telegramme aus, in denen von "allerwärmsten Glückwünschen" (Chruschtschow) und "allerbesten Grüßen" (Tito) die Rede war. Solche Manifestationen brauchten normalerweise nicht überbewertet zu werden. Vor der unmittelbaren Landung in dem außerordentlich antijugoslawischen Tirana erhalten sie jedoch eine gewisse Bedeutung. Schon seit Wochen geht die durch einige kleine Beweise belegte Kunde um, Moskau sei an einer Dämpfung der oft unverantwortlich überspitzten Ausfälle gegen Belgrad sehr gelegen. Daß Chruschtschow sich aus diesem Grunde nach Tirana bemüht, darf man kaum annehmen. Daß man jedoch auch über Jugoslawien sprechen wird, dürfte nicht nur infolge des schlechten nachbarlichen Verhältnisses zwischen Albanien und Jugoslawien außer Frage stehen.

- 4 -
Ein erfülltes Leben

sp - Hermann Lüdemann ist von uns gegangen. Der sozialdemokratische Politiker, der am 5. August 79 Jahre alt geworden wäre, starb in einer Kieler Universitätsklinik an den Folgen eines Schlaganfalls. Mit Hermann Lüdemann ist ein Politiker von uns gegangen, der ein erfülltes Menschenleben für den Aufbau eines freiheitlichen und zugleich sozialen Rechtsstaats der Deutschen gab.

Zu einer Zeit, als im Kaiserreich noch mit dem Sozialistengesetz regiert wurde, schloss sich Lüdemann bereits 1912 der Sozialdemokratischen Partei an. Er hat denn ein Leben lang in hohen Staatsämtern gearbeitet und ist dabei ein Mann des aufrechten Kampfes für seine humanistische Staatsidee gewesen. Mit einer ausgeprägten politischen Empfindsamkeit hat er sich immer allen totalitären Bestrebungen von links und rechts unter dem Einsatz seiner Persönlichkeit zur Wehr gesetzt.

In den Jahren 1920 und 1921 war er im Kabinett seines persönlichen und politischen Freundes Braun preussischer Finanzminister. Er hat mitgeholfen, die bereits damals schon einmal erschütterten Finanzen nach einem verlorenen Krieg im Interesse der Bevölkerung wieder in Ordnung zu bringen. Wer einmal in die Protokolle des preussischen Landtages blickt, wird nachlesen, wie aufrichtig es dem sozialdemokratischen Staatsmann als preussischer Abgeordneter in der Zeit von 1920 bis 1929 um die politische Stabilität der Weimarer Republik ging. Das klare Bekenntnis zur demokratischen Staatsidee zeigte Lüdemann auch anschliessend, als er 1927 Regierungspräsident in Lüneburg und 1928 Oberpräsident in Breslau wurde.

Der Standpunkt von Lüdemann für den demokratischen Rechtsstaat war so eindeutig, dass er bereits 1932 der Papen-Regierung unbequem wurde, die ihn seines Amtes enthob. Während der zwölf düsteren Hitlerjahre hat Lüdemann mit bewundernswerter Aufrichtigkeit und Gradlinigkeit dem unmenschlichen Regime getrotzt. Er wurde mehrfach verhaftet und in mehrere Konzentrationslager gesperrt. Er war dabei, als der Reichstagsabgeordnete Eggerstedt im Morrlager Esterwege ermordet wurde, und er stand noch am 18. Januar 1945 vor Freislers Blutgericht, weil er mit der Gruppe Leuschner und Leber Kontakt gehalten hatte. In all diesen Jahren hat Hermann Lüdemann vielen Menschen geholfen, die totalitäre Idee des Regimes immer mutig verabscheut.

Wie selbstverständlich stellte er sich nach Kriegsschluss auf die Seite der Menschen, die den Willen hatten, mit den demokratischen Aufbau Deutschlands neu zu beginnen. Er baute die sozialdemokratische Partei in Berlin auf und setzte sich jeglicher Verschmelzung mit den Kommunisten zur Wehr. Er bekannte sich damals bereits zur Herausbildung weniger kraftvoller politischer Parteien als letzte Träger des Staates.

Am 29. April 1947 wurde er Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, nachdem die Sozialdemokraten in diesem damals ärmsten der Bundesländer mit 43 Mandaten die absolute Mehrheit des ersten freigewählten Landtages errungen hatten. In den folgenden Jahren ist Hermann Lüdemann über sich selbst hinausgewachsen. Durch die Trecks der Flüchtlinge aus dem Osten hatte sich die Bevölkerung im Norden fast verdoppelt, büsste aber durch die Demontagen einer unerbittlichen englischen Besatzungsmacht rund 100 000 Arbeitsplätze ein.

Hermann Lüdemann aber schob die Verantwortung nicht den Engländern zu, sondern forderte sie in seiner ersten Regierungserklärung auf, ihm so viel Handlungsfreiheit zu geben, damit er "dieses Land auf die Bahn einer gesunden, friedlichen demokratischen Entwicklung" führen könne. Lüdemann prägte damals den Begriff von der Solidarität unter den Bundesländern und trommelte die ersten Umsiedlungskonferenzen zusammen, wo er zwar ein angenehmer Gastgeber aber harter Verhandlungspartner war.

Seine Richtlinien der Politik gelten heute noch im Norden. Umsiedlung und Aussiedlung am Arbeitsplatz, krisenfeste Arbeitsplätze und industrierschliessende Verkehrsverbindungen, moderne Siedlungspolitik und freundschaftliches Verhältnis zum dänischen Nachbarn, schneller Wohnungsbau und moderner Schulbau, all das ist noch heute in Schleswig-Holstein so aktuell wie vor zwölf Jahren.

Es ist den fähigen und fairen Politiker, der im April 1953 von Bundespräsident Heuss mit dem Grosskreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet wurde, zwar vergönnt gewesen, bis zum Herbst letzten Jahres sein unbändiges Drängen auf bessere Lebensverhältnisse in einem sozial gesicherten Rechtsstaat im schleswig-holsteinischen Landtag immer wieder vorzubringen. Es ist ihm aber versagt geblieben, in seinem schönen Haus in Preetz noch einige Jahre die angenehmen menschlichen und privaten Sphären eines erfüllten Lebens zu durchleben. Fast bis zum Ende seiner Tage hat Hermann Lüdemann aufrecht für den kleinen Mann im politischen Leben gestanden und dabei verantwortlich ein Stück deutscher Geschichte mitgeprägt.

Sumpflüten

sp - Das Bundeskanzleramt - oder besser der Kanzler-Staatssekretär Dr. Globke - hat die offizielle Mitteilung der SPD-Fraktion schlicht als "unrichtig" bezeichnet, daß aus den ihm zur Verfügung stehenden "Geheimfonds"-Mitteln an gewisse Bonner Journalisten 1 000 bis 2 000 DM für die Anfertigung sogenannter "politischer Situations-Analysen" gezahlt würden. Die SPD-Fraktion hat dieses "Dementi", das an innerer und äußerer Dürftigkeit seinesgleichen sucht, als völlig wertlos bezeichnet und für die Haushaltsberatungen des Bundestags-Plenums die Enthüllung neuer Einzelheiten angekündigt, die dem Bundeskanzleramt eine weitere "vornehme Zurückhaltung" voraussichtlich schwer machen dürften. Wir werden nicht mehr lange zu warten haben: Der Bundestag beginnt seine Etat-Beratungen bereits Anfang Juni. Dem Bundeskanzleramt bleibt also nicht allzuviel Vorbereitungszeit.

In diesen Tagen hat ein amerikanisches Nachrichtenmagazin von Weltbedeutung aus der Unterredung, die es mit einem westdeutschen Richter über die erschreckende Massierung der Korruptionsaffären in der Bundesrepublik hatte, dessen resigniert-empörte Bemerkung zitiert, daß in Westdeutschland die Korruption "wie Gas aus den Kanalaröhren" aufsteige. Der Bundestag wird am 12. Juni anhand einer Großen SPD-Anfrage dieses skandalöse Charakter-Problem des "Wirtschaftswunder"-Landes diskutieren. Nach dem gleichen US-Magazin soll eine "hochgestellte" westdeutsche Persönlichkeit die Zahl der bekannten Korruptionsfälle in der Bundesrepublik - auf Bundes-Länder- und Gemeindeebene - mit "Tausenden" beziffert haben. Die Korruptionsskala reicht dabei von unten nach oben oder besser von oben nach unten. Die wehleidigen Aschermittwoch-Betrachtungen mancher Bundesminister zu dem überhandnehmenden "Materialismus" in den Lebensbezirken der westdeutschen Bundesbürgerschaft würden, so sagt man, die richtigen Adressaten oft schon dann erreichen, wenn sie in Rundbriefen zunächst das eigene Haus durchlaufen würden.

Mit der Beschwörung der offensichtlich weitgehend verschütteten Moral allein kommt man aber ebenso offensichtlich keinen Schritt aus dem Dunstkreis heraus. Menschen, die sich an ein Fassadendasein gewöhnt und so ziemlich alle Beziehungen zu den Sittlichkeitskategorien der Zehn Gebote verloren haben, halten Moralanforderungen jeder, auch christlicher

Art selbst dann für obsolet, wenn sie sich in blasphemischer Penetranz als intolerante Patentchristen gebärden. Die Zerstörung der Grundfesten des gerade von diesen Kreisen so wortgewaltig usurpierten und so anklägerisch verteidigten abendländischen Christentums oder christlichen Abendlandes könnte daher anderen Kreisen kaum besser als diesen übertragen werden. Der wiederum von diesen Kreisen und Kräften so unentwegt beschworene Gesellschaftsfeind im Osten kann sich vergnügt auf die Vorarbeit seiner Erzfeinde stützen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wußte, warum sie ihre alarmierende Mitteilung über die intellektuelle Korruption gewisser Bonner Journalisten gerade jetzt veröffentlichte. Die Gerüchte über derartige Vorgänge sind nicht von gestern. Die Informationstaktik der mit der Unterzeichnung der Öffentlichkeit antweise beauftragten Bundesdienststellen mußte diesen Gerüchten ständig Nahrung zuführen. Die jetzt von der SPD-Fraktion erteilte Aufklärung, daß diese Taktik auch vom Knistern der Hundertmarkscheine begleitet ist, konnte daher eigentlich schon nicht mehr überraschen. Soweit diese Frage Angelegenheit der Empfänger ist, wird man sich, wie das die SPD-Fraktion auch tat, mit dem Hinweis auf das private Gewissen und auf journalistische Ehrbegriffe begnügen und hoffen müssen, daß die gottseidank weitaus überwiegende Mehrheit der Bonner Journalisten bemüht sein wird, die eigenen Reinen sauber zu halten.

Ein anderes Ding aber ist die Seite der Medaille, die das Bundeskanzleramt und den von der SPD-Fraktion persönlich genannten Staatssekretär Dr. Globke betrifft. Das, wie die SPD-Fraktion sagte, "wertlose Dementi" aus dem Palais Schaumburg hängt den Angeschuldigten wie eine lauttönende Schelle um den Hals. Wäre man auf dieser Regierungsseite noch nicht so abgestumpft - sicher nicht zuletzt durch bisher ungeklärte Vorgänge im eigenen Haus - , dann hätte man um der angezweifelte Sauberkeit der eigenen Hände und um des bedröhten Namens der möglicherweise betroffenen journalistischen Mitarbeiter willen unverzüglich nach den Unterlagen fragen müssen, auf die die SPD diese - in einem demokratisch sauberen Rechtsstaat doch ungeheuerlichen - Vorwürfe stützt. Nichts dergleichen! Man begnügt sich mit einem läppi-schen "Unrichtig" und läßt die Schelle weitertönen.

Als es in den vergangenen Jahren einmal um die Position eines Bundesministers ging, da fragte ein oppositioneller Bundestagsabgeordneter erschüttert, was denn um himmelswillen in dieser Bundesrepublik noch geschehen müßte, damit endlich etwas geschehe. Diese Frage war damals schon, vor Jahren, nahezu naiv, wenn man sie vor den Hintergrund des Chaos an Koralaufweichung stellte, das sich bei uns auszubreiten beginnt. Heute allerdings kommt man sich wie ein parzivalischer Tor vor, wenn man an sittliche und ethische Maßstäbe erinnert, die in einem Volke selbstverständlich sein müßten, das vor 15 Jahren erst mit knapper Not aus der gestaltdewordenen Unmoral der totalen Auflösung aller Werte aufgetaucht ist. An der Schraube aber, die uns alle in diesen Schmutz erneut hineinzudrücken droht, an dieser Schraube wird von oben gedreht.

+ + +